

## Pressemitteilung

Erfolg des Bürgerbegehrens stellt die Frage: Respektieren Magistrat und Stadt den Willen ihrer Bürger?

Trotz Sommerferien, haben sich bis zum 27. August insgesamt 5449 Rüsselsheimer Bürger in die Listen des Bürgerbegehrens zum Erhalt der Gerhart-Hauptmann-Schule eingetragen.

13 % aller wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger unterstützen das Begehren die GHS in Königstädten zu erhalten. Allein in der ersten Woche der Unterschriftensammlung setzten sich bereits 2734 Bürger auf die Listen.

Obwohl die Schließung der Schule am meisten Auswirkungen auf den Stadtteil Königstädten haben würde, kommen über 30% der Unterschriften von Rüsselsheimern aus dem übrigen Stadtgebiet. In allen Stadtteilen war die Unterschriftensammlung erfolgreich. Damit wird deutlich, dass sich Bürger aus ganz Rüsselsheim unserem zentralen Argument anschließen, dass eine Schließung der Gerhart-Hauptmann-Schule unverantwortliche Folgen für die Schullandschaft der ganzen Stadt hätte. Damit unterstützen sie die Gutachten der Schulleiter vor Ort, sowie von Ausländerbeirat und GEW. Sie fordern ein funktionierendes System in der Stadt zu erhalten und sinnvoll weiterzuentwickeln, statt einfach einzureißen und im Großformat mit unübersehbaren Folgen wieder aufzubauen. Dies ist nicht zuletzt deshalb unlogisch, da der Schuldezernent ja nur das aktuell in der Hauptmannschule bereits umgesetzte pädagogische Konzept (zweijähriges gemeinsames Lernen, Jahrgangsteams der Lehrer und Ganztage) für die neue Schule übernehmen möchte.

Wir und die Bürger fordern Magistrat und Stadtverordnete auf das zu tun, auch wenn das schwierig ist. Ihre Aufgabe ist: Verantwortlich zu wirtschaften UND den Bürgerwillen dabei zu berücksichtigen. Beides lässt sich miteinander verbinden. Es ist nicht seriös zu behaupten, dass etwa die finanzielle Zukunft der Stadt die Schließung der Gerhart-Hauptmann-Schule nötig mache. Der Vorschlag des Bürgerbegehrens spart sogar Geld. Die Zahl der Unterschriften und ihre Verteilung über die ganze Stadt sprechen eine deutliche Sprache. Als demokratische Gremien stehen Sie in der Pflicht positiv auf unser Bürgerbegehren zu reagieren, und nicht nur Abwehrreflexe zu zeigen, oder Einzelinteressen in den Mittelpunkt zu stellen und nach juristischen Spitzfindigkeiten im Umfragetext zu suchen. Das wäre kleinlich und würde nur zusätzlich die Politikverdrossenheit in Rüsselsheim schüren. Die Bürger sind überzeugt dass es einen finanziell soliden Weg zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Gerhart-Hauptmann-Schule gibt, und dass der Erhalt die pädagogisch beste Variante ist des Schulentwicklungsplanes ist. Hochgerechnete 20 Millionen Euro erscheinen uns fragwürdig. Wir gehen davon aus, dass wir eine kostengünstigere Variante anbieten können. Warum soll ein Neubau eines Gebäudes billiger sein als eine Renovierung eines vorhandenen Gebäudes? In der Regel ist das nicht so. Die GHS muss renoviert werden. Das ist alles. Alle Gebäude der Schule sind ebenerdig erreichbar. Inklusion kann mit geringen Kosten umgesetzt werden. Es sollte jedem Verantwortlichen, vom OB bis zum Stadtverordneten, zu denken geben, dass innerhalb von kurzer Zeit zwei Bürgerbegehren, Lachebad und Gerhart-Hauptmann-Schule, so großen Zuspruch fanden. Darin liegt der Auftrag der Stadtverordneten und des Magistrates Politik im Sinn der Bürger zu machen und deren Anliegen aufzunehmen. Für uns zeigt sich nach vielen Gesprächen und durch zahlreiche Unterschriften aus der Ebert-Siedlung, dass man auch dort keine neue Riesenschule mit den damit verbundenen Problemen im Umfeld will. Gerade der stark gesteigerte Schülerverkehr ist für die Anwohner der Ebert-Siedlung nur schwer vorstellbar.

Zuletzt ist es uns wichtig allen zu danken, die uns in den vergangenen Wochen unterstützt haben. Viele Königstädter und Rüsselsheimer haben sehr viel Zeit und Energie in das Sammeln der Unterschriften gesteckt. Dazu kommt die unbeschreiblich große Solidarität der Bürger mit unserem Anliegen, dem Erhalt der Gerhart-Hauptmann-Schule. Damit sehen wir unsere Initiative entscheidend gestärkt als Ausdruck des Bürgerwillens unserer Stadt. Wir gehen davon aus, dass Magistrat und Stadtverordnete ihn nun deutlicher annehmen können als bei der Abstimmung am 9. Juli

Initiative zum Erhalt der GHS

Ullrich Biedert, Carmen Stephan, Martina Mischlich